



Selbst die T-Shirts der Eltern und Beschäftigten fordern einen Tarifvertrag und verweisen auf die Webseite www.einfachno.de.

Behindertenhilfe in Coburg

Beschäftigte fordern Tarifverhandlungen



Die Beschäftigten des bisherigen Trägervereins »Hilfe für das behinderte Kind Coburg e. V.« kämpfen für mehr Geld, für bessere Arbeitsbedingungen und eine Interessenvertretung in Form eines Betriebsrats. Nach der Übernahme des Vereins durch die Wefa GmbH Coburg, einem kirchlichen Träger, drohen in allen drei Bereichen Verschlechterungen. »Nicht mit uns«, sagen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Ihre Forderungen sind klar und deutlich: »Keine Zweiklassengesellschaft!« und »TVöD für alle Beschäftigten!« Seit Monaten bereiten sie sich auf große Tarifverhandlungen, die im Herbst mit dem Arbeitgeber beginnen sollen, vor. Die Reihen der Mitarbeiter*innen sind fest geschlossen. Sie sind sehr gut

organisiert und werden von GEW und ver.di unterstützt. Der Herbst kann also kommen, durchaus auch als »heißer Herbst«.

Drohende Insolvenz führte zu neuen Mehrheiten

Nur durch die Hereinnahme eines neuen Hauptgesellschafters konnte der bisherige Trägerverein »Hilfe für das behinderte Kind Coburg e. V.« 2018 eine drohende Insolvenz abwenden. Über Jahre war es dem Elternverein nicht gelungen, kostendeckende Leistungsentgelte mit der Sozialverwaltung beim Bezirk Oberfranken zu erzielen und eine schwarze Null zu schreiben. Über 250 Kinder mit Behinderungen waren von der Schieflage betroffen.

Sämtliche Einrichtungen des Vereins, insgesamt drei gemeinnützige GmbHs, wurden schließlich ohne öffentliche Diskussion völlig überraschend an den neuen Hauptgesellschafter, die Wefa GmbH in Coburg, übergeben.

Dies führte zu viel Unmut, da sich der Verein damit aufgrund seiner jetzigen Minderheitenrolle als Vertreter und Fürsprecher der Mitarbeiter*innen verabschiedete. Von den ursprünglich über 200 Mitarbeiter*innen (Eigenbetriebe und Gesellschaften) sind dem Verein zum September 2018 nur noch zwei Mitarbeitende in einer Beratungsstelle geblieben. Auch der Vorstand ist nur noch mit drei anstelle von fünf aktiven Personen besetzt. Dieser Aderlass hinterlässt beim Traditionsverein, der 1964 von Eltern gegründet wurde

und seitdem maßgeblich die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen in Coburg prägte und bestimmte, deutliche Spuren.

Fehler in der Vergangenheit

Vorausgegangen war ein rund zehn Jahre dauernder Niedergang. Ein Faktor dabei war sicherlich die verschleppte Strukturdiskussion, die zwar über die Vereinsmitglieder lange eingefordert, aber in wesentlichen Punkten nicht umgesetzt wurde. Notwendige Entwicklungen und Veränderungen im Zuschnitt des Vereins wurden verpasst. Viel zu lange war Stillstand das Motto der Vereinsarbeit.

Zuletzt bezahlte der Träger nach Tarifvertrag im öffentlichen Dienst (TVöD), allerdings mit Stand von 2014. Diese miserable Bezahlung der Beschäftigten ließ viele abwandern. Mit dem Weggang langjährig und vorbildlich arbeitender Erzieher*innen, Pfleger*innen und Therapeut*innen beschleunigte sich auch der inhaltliche Zerfall. Sehenden Auges schlitterten die Einrichtungen in eine nicht mehr aufzuhaltende Schieflage. Nur durch den Verkauf der Mehrheitsanteile an die Wefa GmbH konnten sie vordergründig gerettet werden.

Mitarbeiter*innen kämpfen für ihre Rechte

Die Wefa GmbH hält nun seit 1. September 2018 insgesamt 51 Prozent der Anteile. Die Mitarbeitenden in den Einrichtungen sind seit vielen Monaten aktiv, um dem Minderheitengesellschafter (Verein Hilfe für das behinderte Kind Coburg) und dem neuem Hauptgesellschafter (Wefa GmbH Coburg) zu verdeutlichen, dass soziale Arbeit ihren Wert hat und haben muss. Die Kolleginnen und Kollegen fordern eine Bezahlung nach TVöD und machen durch Aktionen darauf aufmerksam: So wurden mehrere »geschmückte« Fahrräder zentral in Coburgs Innenstadt abgestellt. Verziert sind die Drahtesel mit Sprüchen der Beschäftigten, die die Forderungen unterstreichen, und mit dem Hinweis auf die Internetseite www.einfachno.de. (siehe das nebenstehende Foto) Darüber hinaus wurden im gesamten Stadtgebiet Postkarten mit den Forderungen »Soziale Arbeit ist mehr wert« und »Ich bin gerne Erzie-

herin – möchte aber auch davon leben können« verteilt.

Eltern solidarisieren sich

Inzwischen sind auch die Eltern der Kinder, die in der Schule, in der heilpädagogischen Tagesstätte und über die Therapie gefördert werden, über eine tariflichen Forderungen der Beschäftigten informiert. Eine Welle der Sympathie setzte ein: Eltern und Mitarbeiter*innen tragen auf Festen der Einrichtungen T-Shirts mit der gemeinsamen Forderung »Tarifvertrag jetzt!«. Die Eltern wissen nur allzu gut, dass gutes Personal nur über ein ordentliches Gehalt zu finden ist. Deshalb erklärten sie sich mit den Forderungen der Mitarbeiter*innen und der beiden Gewerkschaften solidarisch. »Gemeinsam werden wir etwas bewegen können«, strahlt die Vorsitzende des Elternbeirats. Weitere Aktionen mit den Mitarbeiter*innen und Eltern sind geplant.

Aktuelle Lage vor den Verhandlungen

Das Pikante an der Forderung nach Bezahlung nach TVöD ist, dass der neue Hauptgesellschafter, die Wefa GmbH, dem Diakonischen Werk angehört. Vonseiten der Geschäftsführung gibt es bislang keine eindeutigen Verlautba-

rungen, welchen Weg die drei GmbHs einschlagen werden. Dabei sind die Unterschiede bei den Entgelten zwischen AVR Bayern und dem TVöD überdeutlich. Nach Berechnungen der GEW verdient ein*e Erzieher*in nach AVR im Laufe von 40 Berufsjahren etwa 172.000 Euro weniger als nach TVöD. Bei sogenannten »pädagogischen Hilfskräften« sind es gar 258.000 Euro. Auch ist in kirchlichen Betrieben die Interessenvertretung der Mitarbeiter*innen »weichgespült«. Es bestehen lediglich kirchenrechtliche »Mitarbeitervertretungen«, keine Betriebsräte. Die »Bundskonferenz der Arbeitsgemeinschaften und Gesamtausschüsse der Mitarbeitervertretungen im diakonischen Bereich« erinnert aktuell daran, dass das Betriebsverfassungsgesetz auch deswegen nicht in kirchlichen Betrieben gilt, weil die Kirchen vor 70 Jahren versprochen haben, bessere Regelungen zu schaffen. »Dieses Versprechen haben die Kirchen bis heute nicht eingelöst.«¹

Die Sozialverwaltung beim Bezirk Oberfranken äußerte sich mittlerweile. Sie ist bereit, den TVöD für all diejenigen Mitarbeiter*innen zu refinanzieren, die über Leistungsentgelte – früher Pflegesätze – in den Schulen und heilpädagogischen Tagesstätten finanziert sind.

Mittlerweile haben GEW und ver.di eine Tarifkommission gebildet. Erste Terminvorschläge für Sondierungsgespräche wurden im Juli 2019 an den Geschäftsführer der Wefa GmbH geschickt. Streiks sind zwar das letzte Mittel in Tarifaueinandersetzungen, werden aber von den Beschäftigten nicht ausgeschlossen. Auch die Coburger Politik wird sich mit den Forderungen der über 200 Beschäftigten auseinandersetzen müssen. Als »Wirtschaftsfaktor« der Stadt wird sich jede in Coburgs Stadtrat vertretene Partei gegenüber den tariflichen Forderungen der Beschäftigten positionieren müssen.

Wer sich über Aktuelles informieren möchte, findet auf www.einfachno.de viele Informationen.

Der*die Autor*in ist der Redaktion bekannt



1 »Die evangelische Kirche und ihre Diakonie haben kein Selbstbestimmungsrecht«; ag-mav.org. In der Weimarer Republik fielen die Kirchen noch unter das Betriebsrätegesetz, 1952 wurden sie auf Drängen der Kirchen im neuen Betriebsverfassungsgesetz ausgenommen.